aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

58 Jan 2026 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

rso revolutionär sozialistische organisation

IMPERIALISMUS

Nieder mit der US-Aggression in Venezuela! Seite 2

DEUTSCHLAND

Berufsverbot 2.0 Seite 3

IMPERIALISMUS

Ukraine – imperialistische Deals, doch der Krieg ist nicht vorbei Seite 5

MILITARISIERUNG

- **Schülerstreiks kommen voran!**
- **Antimilitarismus: Ein Blick in die Geschichte ...**
- **Der Weihnachtsfrieden 1914**

ab Seite 6

INTERNATIONAL

Decolonise Namibia Seite 10

AUS DEN BETRIEBEN

Sozialarbeiter:innen aller Träger, vereinigt euch! Seite 12

ÖSTERREICH

„Die Schattenrepublik“ Seite 13

Proteste im Iran

Neue Kriege und große Proteste

Der Jahreswechsel war alles andere als „friedlich und besinnlich“. Die USA bombardieren das ölreiche nordafrikanische Land Nigeria. Die andauernde militärische Belagerung des ebenfalls ölreichen Landes Venezuela findet seinen Höhepunkt in der Bombardierung der Hauptstadt Caracas und der Entführung des Präsidenten Maduro. Und so waren wir, wie viele andere, gleich zum Jahresanfang auf der Straße gegen den Imperialismus und in Solidarität mit der Bevölkerung Venezuelas. Frankreich und Großbritannien haben kurz noch Syrien bombardiert; wer will schon passiver Zuschauer sein, wenn es darum geht zu zeigen, wer zu den Stärksten gehört. Wer den Frieden will, muss die Revolution vorbereiten! Das gilt umso mehr für 2026. „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ war eine zentrale Parole der Revolutionär:innen in Deutschland während des Ersten Weltkrieges. Angesichts der rasanten Aufrüstungs- und Militarisierungsspirale heute lohnt ein Blick in die Geschichte.

Aber 2025 war auch ein Jahr der großen Proteste. Dazu gehören der Aktions- und Streiktag der Schüler:innen gegen die Wehrpflicht genauso wie der kleine und doch wichtige Streiktag der Sozialarbeiter:innen in Berlin gegen die Kürzungen im sozialen Bereich. Noch kurz vor Jahresende begann die iranische Bevölkerung eine neue Protestwelle, die trotz der Polizeigewalt mit Toten und Verhafteten nicht kleiner wird. Auslöser waren die erneuten Preissteigerungen. Aber längst richtet sie sich gegen das Regime insgesamt und hat das ganze Land erfasst. Es sind diese Mobilisierungen der Bevölkerungen, der Arbeitenden und der Jugend, die die imperialistischen Raubtiere stoppen können und müssen. Um letztlich das ganze kapitalistische System zu stürzen. Möge das Jahr 2026 ein Jahr der Revolutionen werden! ■

Nieder mit der US-Aggression in Venezuela!

Das neue Jahr hat kaum begonnen, da bringt uns der Imperialismus schon neue Kriege. In der Nacht vom 2. auf den 3. Januar flogen US-Raketen auf die venezolanische Hauptstadt Caracas, nur wenige Stunden später befindet sich Präsident Nicolas Maduro in US-amerikanischer Gefangenschaft. Was letztes Jahr mit Angriffen auf angebliche „Drogenschmuggelboote" begann, ist nun in kürzester Zeit zum Staatsstreich ausgeartet. Diese Aggression verfolgt ungeschminkt die Ziele des US-Imperialismus.

Lächerliche Vorwände …

Diese Eskalation, die nicht nur von Gegner:innen der USA offen als Bruch des Völkerrechts kritisiert wird, begründet die US-Regierung damit, dass Maduro und die venezolanische Regierung in die Arbeit von „Drogenkartellen" verwickelt sei. So verteidigte US-Vize Vance am 3. Januar den Angriff weiterhin damit, dass Maduro „mehrfach angeklagt ist" und man „der US-Justiz nicht entgeht, nur weil man in einem Palast in Caracas lebt". Dieser Vorwand des „War on Drugs" zählt aber längst zum gängigen Arsenal, um innere sowie äußere Gegner des US-Imperialismus anzugreifen. Trump geht es nicht darum, die amerikanische Bevölkerung vor Fentanyl zu schützen, denn dieses tödliche Problem für die amerikanische Arbeiter:innenklasse ist hauptsächlich hausgemacht! So fügt sich in diese Heuchelei, dass Trump erst im Dezember 2025 den rechtspopulistischen ex-Präsidenten von Honduras, Juan Orlando Hernández, begnadigt hat, der tatsächlich am Kokainschmuggel in die USA beteiligt gewesen ist. Der Vorwurf des Drogenhandels ist eine unverschämt dreiste Lüge.

… und echte Kriegsziele

Die wahren Gründe für diesen brutalen Angriff auf einen souveränen Staat sind dabei fast noch offensichtlicher als bei George W. Bushs Angriff auf den Irak 2003 – denn damals hat man wenigstens noch versucht, Beweise glaubwürdig zu fälschen. Tatsächlich geht es um zwei simple imperialistische Interessen: Öl und Kontrolle. Vor der Presse erklärte Trump ganz offen, dass die USA nun Venezuela regieren würden und kündigte an, dass die US-Ölkonzerne „anfangen, Geld für das Land zu machen". Denn Venezuela besitzt die größten Ölvorkommen der Erde. Immenser Reichtum, der allerdings nach der Machtübernahme von Maduros Vorgänger Hugo Chavez 1999 verstaatlicht wurde. Dieser Angriff ist also ganz klar darauf ausgerichtet, die Kontrolle über die riesigen Ölreserven Venezuelas zu erlangen. Während die amerikanische Firma Chevron mit der Unterstützung Trumps weiterhin in Venezuela tätig ist, will die US-Regierung die verstaatlichte Ölgesellschaft PDVSA unterwerfen. Dieser Krieg ist also eine Fortführung der US-Sanktionen, die seit 2017 in Kraft sind. Die USA betrachten Südamerika als ihr Territorium und wollen Regime, die den US-Interessen nicht entsprechen, entfernen oder unter Druck setzen. Ganz ungeschminkt macht die US-Regierung wirtschaftliche Verträge mit lateinamerikanischen Ländern davon abhängig, ob ein Präsident treu zum US-Imperialismus steht und den großen US-Konzernen freien Zugang zu Ressourcen und Märkten gewährt – wie zuletzt in Argentinien. Venezuela ist für die USA dabei aber gleich doppelt ein Dorn im Auge: Nicht nur steht der selbsternannte „Sozialist" Maduro China und Russland näher als den USA. Trotz der Armada an Kriegsschiffen, die Trump seit Monaten vor der Küste Venezuelas hat auffahren lassen und trotz der offenen Erpressung mit einem Krieg, wenn Maduro nicht zurücktrete, hat sich Venezuela geweigert, sich dem US-Imperialismus zu unterwerfen.

Weder der ehemalige US-Präsident Biden noch die EU widersprachen diesem Wirtschaftskrieg. Die deutsche EU-Kommissionspräsidentin erklärte nach dem US-Angriff, die EU „unterstützt einen friedlichen und demokratischen Übergang". Ein Widerspruch in sich angesichts der Bombardierung Caracas und der angekündigten kolonialen Un-

Proteste gegen den Angriff auf Venezuela in New York City, 3. 1. 2026

terdrückung. Bundeskanzler Merz bezeichnet die Situation als „komplex“ und enthält sich sonstiger Äußerungen. Wirklich? Die offenen Worte Trumps zu dem Ölreichtum Venezuelas sind zu „komplex“? Trump hat ihre Rückendeckung. Deutschland wie Frankreich verfolgen dieselben imperialistischen Ziele, nur mit „sanfteren“ Mitteln. Neu an Trump ist, wie offen gewalttätig man vorgeht und das ohne den Versuch irgendwas zu beschönigen. Das wird die Aufrüstungsspirale und die immer häufiger mit militärischen Mitteln ausgetragenen wirtschaftlichen Kriege weltweit weiter anheizen.

Welche Perspektive nach dem Angriff?

Ob die venezolanische Bevölkerung bereit ist, sich zu unterwerfen, darf man bezweifeln; so gab es bereits vor dem Überfall Demonstrationen gegen den US-Imperialismus in der Hauptstadt Caracas und weiteren venezolanischen Städten. Und auch seit dem Überfall versammeln sich Menschen auf den Straßen, um gegen die USA zu protestieren. Doch auch wenn Länder wie Frankreich und sogar manche republikanische Abgeordnete das Vorgehen Trumps als rechtswidrig beurteilen, dürfen wir uns nicht täuschen lassen. Aufgehalten werden kann die Politik Trumps und aller imperialistischen Mächte nur durch Massenmobilisierungen! Angefangen in unseren eigenen Ländern. Im Kampf gegen den Imperialismus braucht es eine dezidiert internationalistische und revolutionäre Haltung. Denn auch die Regierung Maduro ist keine demokratische Vertretung der Arbeiter:innen, sondern eine Diktatur, die die Massen von der Macht ausschloss und sich auf die nationale Bourgeoisie und das Militär stützte. Das ändert jedoch nichts daran, dass die größte Bedrohung der US-Imperialismus ist, welcher seine Politik nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in Palästina und zuletzt in Nigeria aggressiv verfolgt. Und mit dem unliebsamen Inselstaat Kuba hat Trump schon sein nächstes Ziel genannt. Es ist bitter notwendig, international die Einheit aller Arbeiter:innen und Unterdrückten zu fördern. Denn der Imperialismus zeigt immer häufiger sein wahres Gesicht: Er setzt seine Interessen notfalls immer mit Gewalt gegen die Arbeiter:innen durch, ob in Venezuela oder der Ukraine. Gegen Trumps Angriff – und trotz der venezolanischen Regierung: Hoch die internationale Solidarität! ■

4. 1. 2026, Eva Ruth, Hamburg und Jonas Schmidt, Mannheim

Berufsverbot 2.0: Was tun dagegen?

Seit diesem Jahr erlebt ein altes Repressionsinstrument des Staates ein neues Revival — Berufsverbote. 2025 beschlossen Bayern und Rheinland-Pfalz (RLP) neue Einschränkungen, der Hamburger Senat prüft ähnliche Maßnahmen. Was steckt hinter diesem Trend? Und welche Antwort ist dagegen notwendig?

Der kapitalistische Staat wurde in den letzten Jahren zunehmend repressiver. Davon zeugen nicht nur die immer häufigere und massivere Polizeigewalt bei Demonstrationen (gerade gegen die Palästinabewegung), sondern auch die immer willkürlichere Verfolgung von linken Aktivistis, wie den Mitgliedern der “Letzten Generation” in Bayern. Doch nicht nur mit seinen exekutiven Mitteln versucht der Staat, seine Gegner:innen einzuschüchtern – eine subtilere Form ist die Rückkehr von „Berufsverboten“. Ein besonders bekannter Fall war dabei dieses Jahr der der bayrischen Lehrerin Lisa Poettinger, der aufgrund ihres Aktivismus in der Klimabewegung eine Anstellung verwehrt wurde. Doch auf welcher rechtlichen Grundlage basierte diese Entscheidung?

Im Sommer diesen Jahres haben die Bundesländer Bayern und Rheinland-Pfalz beschlossen, die „Verfassungstreue“ wieder als einen entscheidenden Punkt bei der Einstellung im öffentlichen Dienst einzuführen. Das bedeutet, dass das Land einer Person die Einstellung im öffentlichen Dienst verwehren kann, wenn diese Mitglied einer „extremistischen“ oder „extremistisch beeinflussten“ Organisation ist oder in den letzten fünf Jahren war. Das gilt dabei für Lehrer:innen genauso wie für Sachbearbeiter:innen. Die Liste dieser Organisationen ist dabei sehr breit gefasst: Während Rheinland-Pfalz sich im Bereich des „Linksextremismus“ in erster Linie auf trotzkistische oder stalinistische Parteien und Organisationen bezieht (MLPD, SDAJ, SAV, ISO), geht Bayern deutlich weiter und hat auch die Linksjugend ['solid], den SDS (Studierendenorganisation der Linkspartei), mehrere Offene antifaschistische Treffen oder Antifa-Gruppen auf der Liste.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung von S. 3) Diese Politik ist aber nicht nur ein Angriff auf alle Neuangestellten: Auch langjährige Angestellte können dieser Prüfung unterzogen werden. Wichtig dabei ist, dass es sich jedes Mal nur um „Einzelfallprüfungen“ handelt: Das Land prüft jeden Fall individuell. Damit lässt es bewusst Raum für Willkür und Regellosigkeit, von der Drohkulisse, die Chef:innen damit aufbauen können, ganz zu schweigen.

Ein Vorgehen, das Schule macht: Auch in Hamburg wird eine sogenannte „Regelanfrage“ diskutiert. Diese Regelanfrage, die im April 2026 eingeführt werden soll, würde der Hansestadt die Nichteinstellung von Personen in den öffentlichen Dienst ermöglichen, wenn der Verfassungsschutz dies für sinnvoll hält. Anders als was bisher in anderen Bundesländern wie Hessen geschah, wo nur Richter:innen sich der Überprüfung durch den Verfassungsschutz unterziehen mussten.

In dieselbe Richtung geht eine geplante Verschärfung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes auf Bundesebene: Nicht nur Angestellte bzw. Beamt:innen selbst, sondern auch deren enge Angehörige und Lebenspartner:innen sollen einer Überprüfung durch den Verfassungsschutz unterzogen werden, einschließlich der Überprüfung von deren Social-Media-Aktivitäten.

Begründet wird dieses Vorgehen dabei mit dem Kampf gegen das Erstarken der AfD. Gerade Rheinland-Pfalz versteht es, sein Vorgehen propagandistisch vor allem als Kampf gegen den Rechtsextremismus darzustellen: So verbot man im Herbst 2025 dem Bürgermeisterkandidaten der AfD in Ludwigshafen am Rhein (die zweitgrößte Stadt des Bundeslands) anzutreten – auf Grund seiner gesichert verfassungsfeindlichen Gesinnung. Denn in RLP gilt die AfD als gesichert rechtsextrem, in Bayern wiederum als „extremistisch beeinflusst”. Das islamistische oder gerade linke Gruppen jedoch damit genauso drangsaliert werden, findet in den Medien nur wenig Echo.

> » In Zeiten, in denen der bürgerliche Liberalismus immer mehr bröckelt, muss der Staat repressivere Wege finden, um eine massenhafte Abkehr von seinem Gesellschaftssystem zu verhindern. «

Teil eines Klassenkampfes von oben

Das Ziel dieser Politik ist klar: In Zeiten, in denen der bürgerliche Liberalismus immer mehr bröckelt und immer mehr Leute sehen, dass die bürgerliche Demokratie zwar Gleichheit verspricht, aber nur den Reichen hilft und zudem militärisch aufrüstet, muss der Staat repressivere Wege finden, um eine massenhafte Abkehr von seinem Gesellschaftssystem zu verhindern.

Dabei greift man auch zurück auf Maßnahmen, die dem „Radikalenerlass“ von 1972 ähneln. Dieser hatte damals festgeschrieben, dass sich jede:r, die:der sich auf eine Beamtenstelle im öffentlichen Dienst bewarb, einer Überprüfung auf „Verfassungstreue“ unterziehen musste. Ziel war es, die Einstellung jeder Person, die im Verdacht stand mit linken Organisationen in Verbindung zu stehen, zu verhindern oder ihre Entlassung zu erreichen – sei es als Lokführerin oder als Lehrer. Die mehr als 11.000 daraus folgenden Verfahren dienten auch dem Ziel, die Verankerung von linken Organisationen der 68er-Bewegung in der Arbeitswelt zu verhindern.

Der Kampf geht weiter

Solche Verfahren müssen wir ernst nehmen und uns mit allen Mitteln dagegen wehren. Natürlich mit rechtlichen Mitteln, aber vor allem mit einer großen und starken Bewegung. Denn letztendlich wird uns nicht die Verfassung gegen die Repression durch Verfassungsschutz und Co. schützen – sondern gemeinsame Solidarität gegen jede Form von bürgerlicher Repression. Die kapitalistischen Regierungen greifen immer mehr auf repressive Maßnahmen zurück und zeigen somit klar, dass die Meinungs-, Versammlungs-, Presse- und Berufsfreiheit zwar im Grundgesetz stehen, doch nicht unantastbar sind. Der Kampf für ihren Erhalt kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbinden. ■

Jonas Schmidt, Mannheim
und Eva Ruth, Hamburg

Ukraine – imperialistische Deals, doch der Krieg ist nicht vorbei

Seit Trump im November seinen „28-Punkte-Plan“ zur Beendigung des Ukraine-Krieges präsentierte, gibt es immer neue Berichte über Verhandlungen, doch während die US-Chefunterhändler Witkoff und Kushner (Trumps Schwiegersohn) um die Welt jetten, geht der Krieg weiter …

Im November hatten Trump und Putin durchsickern lassen, dass sie sich in wesentlichen Punkten einig geworden seien über die Aufteilung der Ukraine, doch ganz so schnell ging es dann doch nicht. Mitte Dezember konnte der deutsche Kanzler Merz sich aus Ausrichter von Verhandlungen in Berlin präsentieren und von einer „echten Chance“ auf Frieden schwadronieren. Was klar ist: der westliche Imperialismus mit Trump als „big boss“ wollen ein für sie möglichst profitables Ende dieses Krieges.

Ende kommen sollte, darum, beim Wiederaufbau kräftig zu verdienen. Nicht zufällig haben die Ukraine-Gespräche in Berlin am Rande des Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforums stattgefunden! Der Geschäftsführer des „Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft“ Harms forderte sogleich, die deutsche Wirtschaft müsse an den Hilfen für den Wiederaufbau „stärker partizipieren“, sprich verdienen. Deutschland habe genug Einfluss, um in der Ukraine „entsprechend einzuwirken“.

> » Dass Trumps Immobilien-Kumpel Witkoff sowie Trumps Schwiegersohn zu den wichtigsten Repräsentanten der US-Außenpolitik geworden sind, spricht Bände. «

Vom Geschäft mit dem Krieg zum Business as usual?

Klar ist, worum es Trump, Merz, Macron und Konsorten geht – nicht um das Schicksal der Bevölkerungen in der Ukraine oder in Russland, sondern um den westlichen Einfluss und ihre Geschäfte. Dass Trumps Immobilien-Kumpel Witkoff sowie Trumps Schwiegersohn zu den wichtigsten Repräsentanten der US-Außenpolitik geworden sind, spricht Bände. Der Ukraine hat Trump schon vor längerem seinen „Rohstoffdeal“ aufgezwungen, wonach die Hälfte zukünftiger Einnahmen durch ukrainische Rohstoffe an die USA fließen sollen. Bei den Verhandlungen mit Russland geht es laut *Wall Street Journal* vom 10. Dezember ebenfalls um große US-amerikanische Investitionen in Russland – zur Förderung von Seltenen Erden und Erdöl.

Doch auch die deutschen Unternehmen und Merz geht es vor allem um Profite. Und falls der Krieg tatsächlich zu einem

Wie lange noch?

Die imperialistischen Machthaber (ob in den USA, Russland oder in Europa) sind langsam bereit, sich die Kriegsbeute aufzuteilen. Nur wer wie viel bekommt und zu welchem Preis, darüber wird gefeilscht. Trump hat den Druck auf den ukrainischen Präsidenten Selenskyj so weit erhöht, dass dieser mittlerweile einen kompletten ukrainischen Rückzug aus dem Donbass nicht mehr ausschließt. Allerdings will er Sicherheitsgarantien, dass Russland nicht nach einer kurzen Verschnaufpause erneut angreift.

Noch ist der Krieg nicht vorbei, und da am Ende vielleicht doch einfach der Frontverlauf entscheidet, fährt Russland seine Offensive unvermindert fort. Merz und die anderen europäischen Regierungschefs konnten im Dezember froh sein, dass der europäische Imperialismus doch wieder ein bisschen mitreden durfte, während zuvor die USA und Russland das Schicksal der Ukraine unter sich auszumachen schienen.

Dafür ist der europäische Imperialismus bereit, Truppen zur Sicherung eines eventuellen Waffenstillstands zu entsenden, um auf ihren Teil der Beute Anspruch erheben zu können. Für die Masse der ukrainischen Bevölkerung verheißt das leider immer noch nichts Gutes. Von den Repräsentanten des Kapitals, egal auf welcher Seite der Frontlinie, haben die Arbeitenden nichts zu erwarten.

Das Selbstbestimmungsrecht solcher wirtschaftlich „kleinen“ Länder wie der Ukraine wird als erstes über Bord geworfen, wenn die großen imperialistischen Mächte um ihren Einfluss in der Welt streiten. Diese Deals zwischen den Großmächten heute erinnern an das Gefeilsche nach dem Ersten Weltkrieg oder in den letzten Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg. Wann und wie auch immer der künftige „Friedensplan“ zur Beendigung des Krieges in der Ukraine aussehen wird, einen Frieden für die Bevölkerungen – sei es in der Ukraine oder Russland oder auch bei uns in Europa – kann er nicht bringen. ■

4. 1. 2026, Richard Lux, Berlin

Schülerstreiks kommen voran!

Am Freitag, dem 5. Dezember, streikten mindestens 55.000 Schüler:innen und Studierende und demonstrierten in über 100 Städten gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die am selben Tag auf Initiative der Bundesregierung im Bundestag beschlossen worden war.

Ab Januar 2026 werden für die Generation ab Jahrgang 2008 Wehrpflichtformulare eingeführt. Zunächst wird dieser Wehrdienst freiwillig sein, aber das Gesetz sieht die Möglichkeit vor, zu einem Losverfahren überzugehen oder ganze Jahrgänge einzuziehen. Ziel ist es, die Personalstärke der Bundeswehr in den nächsten Jahren um 80.000 Soldat:innen zu erhöhen, wobei als Anreiz ein Bruttogehalt von mindestens 2.700 Euro versprochen wird, Beihilfen für den Führerschein sowie die bereits bestehenden Vorteile für Soldat:innen.

Eine Reihe von Umfragen in den Medien sollten zeigen, dass eine große Mehrheit der Deutschen die Wiedereinführung des Wehrdienstes befürwortet. Am 5. Dezember gingen dennoch Zehntausende Demonstrant:innen auf die Straße, überwiegend von Gymnasien, aber der Tag löste auch an anderen Schulen zahlreiche Diskussionen aus.

Repressionen an Schulen

Auch wenn es einige solidarische Lehrkräfte gab, hat ein Teil dieser Berufsgruppe ihre Machtposition gegenüber den potenziell Streikenden genutzt, um die Jugendlichen zu beeinflussen. Es ist ja nicht allzu überraschend, dass Beamt:innen des deutschen Staates von der Notwendigkeit einer militärischen Verteidigung seiner Interessen nicht nur überzeugt, sondern vollständig identifiziert mit diesen sind. Doch schilderten Schüler:innen beispielsweise, dass es besonders die Lehrkräfte, die selbst mal gedient hatten, zu ihrer persönlichen Mission machten, die Jugendlichen durch Androhung kollektiver Disziplinarmaßnahmen oder ähnlich unverhältnismäßiger Konsequenzen einzuschüchtern. Andere versuchten, die Jugendlichen mit der Erläuterung ihrer politischen Überzeugung vom Streiken abzuhalten. In Berlin wurden wir, als wir vor einer Schule Flyer gegen die Wehrpflicht verteilten, auch von der Schulleitung angepöbelt. Da ist der Beutelsbacher Konsens auf einmal vergessen, der sonst bei jeder Gelegenheit (zuletzt Palästina) herangezogen wird, um Lehrkräfte zu verunsichern, die ihren Schüler:innen unterrichtlich ermöglichen wollen, Staatsräson und mediale Propaganda politisch einordnen zu können.

> » Pistorius würde sich weniger freuen, wenn dieselbe Jugend die Wehrdienstformulare boykottieren, die Streiks und Demonstrationen fortsetzen und ausweiten und es sogar schaffen würde, breitere Schichten der Gesellschaft anzusprechen. «

Wie weiter?

Ein neuer Schüler:innenstreik ist für den 5. März angekündigt, aber nichts deutet darauf hin, dass die Jugend bis dahin ruhig bleiben wird. Und die Reaktion des sozialdemokratischen Verteidigungsministers Pistorius wird nichts dazu beitragen, die Wut zu besänftigen. Voller Selbstgefälligkeit und Bevormundung „freut" er sich über die Streiks, die zeigen würden, dass die Jugend „die Bedeutung dieses Themas versteht". Aber wir haben so eine kleine Ahnung, dass er sich etwas weniger freuen würde, wenn dieselbe Jugend die Wehrdienstformulare boykottieren, die Streiks und Demonstrationen fortsetzen und ausweiten und es sogar schaffen würde, breitere Schichten der Gesellschaft anzusprechen … Denn die Erhöhung des Wehretats bedeutet gleichzeitig Kürzungen in anderen Bereichen – wie bereits im Sozial- und Bildungswesen zu sehen. Die Wehrdienstformulare werden Anfang 2026 an Zehntausende junger Menschen verschickt. Wer diese Formulare nicht oder falsch ausfüllt, dem droht ein Bußgeld bis zu 1.000 Euro. Es wird bereits diskutiert, wie man dagegen vorgehen kann. Die Bundeswehr wird die Briefe als normale Post und nicht als Einschreiben verschicken. Sie können sich also nicht sicher sein, dass die Post wirklich bei dir ankommt. Wenn du den Brief also vernichtest und später behauptest, dass du ihn nicht bekommen hast, müsste die Bundeswehr dir nachweisen können, dass du diesen Brief bekommen hast. Was sie schlichtweg nicht kann. Dies ist zwar eine Möglichkeit des individuellen Protestes. Aber man bleibt bei seinem Protest vereinzelt. Wichtig für die nächsten Monate ist, dass wir an mehr Schulen mobilisieren und breitere Schichten der Bevölkerung ansprechen. ■

Karl Gebhardt, Berlin

Antimilitarismus: Ein Blick in die Geschichte ...

Am 11. Januar wird in Berlin wie in jedem Jahr Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts gedacht, den wichtigsten Köpfen der frisch gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands, die am 15. Januar 1919 mit Einverständnis der Führer der SPD ermordet wurden. Neben ihrer Rolle in der Revolution 1918/19 ist ihr wichtigstes Vermächtnis der Kampf gegen den Militarismus und gegen den imperialistischen Krieg. Ein Vermächtnis, das gerade jetzt wieder brennend aktuell wird!

Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg weist einige Parallelen auf zur heutigen Situation: Vor allem das Wettrüsten aller Großmächte, die auf eine Neuaufteilung von Macht- und Einflusssphären aus waren Dabei gab es auch immer wieder einzelne Krisen und Säbelrasseln, die sich bis zu lokalen Kriegen ausgeweitet haben. So insbesondere die Balkankriege 1912/13, wo die europäischen Großmächte die unterdrückten Völker des Balkans gegen das Osmanische Reich unterstützten, nur um sie in ihre eigene Abhängigkeit zu bringen. Das kommt einem mit Blick auf die heutige Ukraine irgendwie bekannt vor.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Auf jeden Fall kam der Horror des Ersten Weltkriegs, der weit über 15 Mio. Menschen das Leben kostete, nicht aus heiterem Himmel, sondern wurde vorbereitet durch jahrelanges Hochrüsten, nationalistische Propaganda und eben auch durch den Wehrdienst, mit dem die Jugendlichen gedrillt und zum Kadavergehorsam erzogen werden sollten.

> » Man musste auch die Propagandalügen der kriegstreibenden Mächte durchschauen und zurückweisen. Denn der Imperialismus war – gar nicht so anders als heute – gut darin, die Gräueltaten des jeweiligen Gegners auszuschlachten. «

Solange die Sozialdemokratie einen revolutionär-marxistischen Anspruch vertrat, war sie immer gegen die Kriegstreiberei der Herrschenden aufgetreten. Zu den Reichstagswahlen 1887 trat sie u. a. mit dem Slogan *„Dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen“* an. Gleichzeitig waren die Sozialdemokrat:innen keine Pazifist:innen, denn ihnen war bewusst, dass es Gewalt und Kriege gibt, solange es kapitalistische Ausbeutung gibt und man auch im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung selbst wehrhaft sein muss. Sie traten propagandistisch für ein Volksheer ein, also dafür, dass die Masse der Bevölkerung selbst über Krieg und Frieden entscheidet.

Doch immer mehr Parteifunktionär:innen fanden es bequemer, sich im Kaiserreich einzurichten und sich nur noch – am besten auf parlamentarischem Weg – für Reformen einzusetzen. Diese Reformist:innen fanden dann auch schnell, dass man doch durch die allgemeine Wehrpflicht schon fast ein „Volksheer“ habe. Rosa Luxemburgs erstes größeres Auftreten innerhalb der deutschen Sozialdemokratie war ihre Polemik gegen den Reformismus, die immer noch sehr empfehlenswerte Streitschrift „Sozialreform oder Revolution“ (1899)[1]. Dass die Wehrpflichtigen nicht etwa selbstbestimmt den Waffengebrauch lernen, sondern in den Kasernen im Sinne der herrschenden Klassen indoktriniert und zu deren Erfüllungsgehilfen werden, drückte sie dort so aus: „Im Wehrwesen führt die Entwicklung die Verbreitung der allgemeinen Wehrpflicht, die Verkürzung der Dienstzeit, also materiell die Annäherung an das Volksheer herbei. Aber dies in der Form von modernem Militarismus, wo die Beherrschung des Volkes durch den Militärstaat, der Klassencharakter des Staates zum grellsten Ausdruck kommt.“

Insbesondere Karl Liebknecht war schon viele Jahre vor dem Ersten Weltkrieg dafür bekannt, dass er regelmäßig spezifische antimilitaristische Kampagnen unter der Jugend anregte. An die wehrpflichtige arbeitende Jugend gerichtet schrieb er 1906: „Die Stunde der Aushebung hat geschlagen. [...] Bisher wart ihr freie Männer, ihr jungen Proletarier, soweit kapitalistische Unkultur Proletarierfreiheit kennt. Die Hungerpeitsche

aber ist ein Symbol der Freiheit im Vergleich mit dem Druck, mit der Sklaverei, unter die euch der blutigeiserne Militarismus zwingen wird. [...] Und man wird euch glitzernde Uniformen geben, [...] euch Hochmut gegenüber dem Feinde einimpfen; das soll euch über [...] alle Schmach und Not der Kaserne hinwegtäuschen. [...] Fürs Vaterland? [...] Das ist nicht *euer* Vaterland; [...] Das ist nur die Vertretung *einer Klasse* des deutschen Volkes, die euch, seitdem ihr lebt, und schon euren Vätern, seitdem sie leben, feindlich ist bis aufs Blut".[2]

International im Ersten Weltkrieg

Dieser Argumentation ist Karl Liebknecht – im Gegensatz zu so vielen Führer:innen der Sozialdemokratie – treu geblieben. Sie fand ihren Höhepunkt in dem einprägsamen Satz: *„Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"*, den er in einem Flugblatt 1915 so erläutert: *„Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie.* Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht."

Obwohl er Reichstagsabgeordneter war – dabei der erste, der die Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigerte – schützte ihn keine Immunität davor, dass er 1916 wegen Hochverrats verurteilt und eingesperrt wurde, nachdem er auf der 1.-Mai-Kundgebung ausgerufen hatte „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!".

Mit dem historischen Abstand von heute scheint es vielleicht fast selbstverständlich, dass man sich dem blutigen Gemetzel von 1914-1918 entgegenstellen musste. Doch das erforderte nicht nur persönlichen Mut und die Bereitschaft in den Untergrund oder ins Gefängnis zu gehen, sondern man musste auch die Propagandalügen der kriegstreibenden Mächte durchschauen und zurückweisen. Denn der Imperialismus war – gar nicht so anders als heute – gut darin, die Gräueltaten des jeweiligen Gegners auszuschlachten. In Deutschland war das leicht gegenüber dem Zarismus, der seit Jahrzehnten als besonders reaktionäres und arbeiter:innenfeindliches Regime bekannt war. Die Argumentation: Wir müssen doch verhindern, unter die Knute des Zarismus zu fallen, hat viele Sozialdemokrat:innen irregeführt. Auf der anderen Seite der Front konnte man auf die barbarische Kriegsführung der Deutschen verweisen, die schon im August 1914 im eigentlich neutralen Belgien die Stadt Dinant zerstörten und 674 Zivilist:innen ermordeten.

Was den Internationalismus der Revolutionär:innen wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aufrecht erhielt, war nicht nur moralische Empörung, sondern die klare Analyse, dass aller Propaganda zum Trotz jede der imperialistischen Armeen nicht für Gerechtigkeit oder Demokratie einstand, sondern für die Profitinteressen des Kapitals Millionen Menschen geopfert wurden.

Heute wird uns die Militarisierung auch damit verkauft: „Wir müssen uns doch gegen Putin wehren können." Und gerne auf angeblich demokratische „westliche Werte" verwiesen. Doch die Bundeswehr verteidigt genauso wenig wie andere NATO-Armeen die Demokratie. Da kann man zum Beispiel in Afghanistan nachfragen. Noch offener und zynischer zeigt Trump gerade in Venezuela, dass westliche „Werte" vor allem Erdöl bedeuten. Wir sollten uns von den internationalistischen und antimilitaristischen Grundsätzen der revolutionären Arbeiter:innenbewegung inspirieren lassen! ■

Richard Lux, Berlin

Fußnoten

[1] online unter marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1899/sozrefrev/index.htm

[2] Alle Zitate von Liebknecht aus: Karl Liebknecht, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Dietz Verlag Berlin, 1952.

Der Weihnachtsfrieden 1914: Als Tausende Soldaten das imperialistische Massaker verweigerten.

Die Szenen sind in Erinnerung geblieben und haben sogar ihren Weg auf die Kinoleinwand gefunden: Mitten im Weltkrieg unterbrachen Soldaten beider Seiten die Kämpfe, um Weihnachten zu feiern. Das Ereignis wird im Allgemeinen als kurzer Moment der Menschlichkeit dargestellt, als einige Stunden der Brüderlichkeit, bevor die Kämpfe wieder aufgenommen wurden. Die Magie von Weihnachten, in gewisser Weise! Aber abgesehen von ein paar Weihnachtsliedern und Friedensgebeten waren es in Wirklichkeit fast 100.000 Soldaten, die sich weigerten zu kämpfen, oft unter Missachtung der Befehle ihrer Vorgesetzten, denen es schwerfiel, die Disziplin wiederherzustellen.

„Die armen Teufel, sie stecken im selben Dreck wie wir" – ein spontaner Waffenstillstand

Im Dezember 1914 ist die Hoffnung auf einen schnellen Sieg, die den jungen Soldaten zu Beginn des Krieges vorgegaukelt worden war, nur noch eine ferne Erinnerung. Die Frontlinien sind festgefahren und von der nationalistischen Begeisterung des Sommers ist nicht mehr viel übrig.

Am 24. Dezember kommt es an der Westfront bei Ypern zu den ersten Szenen der Verbrüderung: Spontan erklingen an mehreren Stellen der Front Weihnachtslieder in den Schützengräben und Delegationen bringen Geschenke in die „feindlichen" Schützengräben. An den ersten Stellen verkünden Rufe beiderseits, dass am Weihnachtsabend

nicht geschossen wird.

Am nächsten Tag weitet sich der fragile Waffenstillstand aus und verwandelt sich in eine echte Massenbewegung: Fast 100.000 Soldaten stellen die Kämpfe ein. Sie dringen in das Niemandsland zwischen den Schützengräben vor, tauschen Geschenke aus, organisieren Fußballspiele und Begräbnisse mit Gebeten und zweisprachigen Liedern. Es kommt zu pittoresken Szenen: Ein sächsischer Soldat, der in London als Friseur gearbeitet hatte, frisiert englische und deutsche Soldaten, Soldaten jagen Kaninchen und Schweine, um Grillpartys zu veranstalten, andere plündern gemeinsam verlassene Bauernhöfe oder organisierten Radrennen.

Diese spontane Verbrüderung empört natürlich die Militärhierarchie. Anfang Dezember lehnten die kriegführenden Regierungen bereits einen vom Papst vorgeschlagenen Weihnachtsfrieden kategorisch ab. Da man sich des möglichen Moralverfalls während der Feiertage bewusst war, wurden Geschenke an die Front geschickt, während die englischen Generäle an der Flandernfront im Dezember eine Reihe selbstmörderischer Offensiven starteten. Als die Verbrüderung einsetzt, sind die Offiziere machtlos. Einige befehlen ihren Soldaten, in den Kampf zurückzukehren, bevor sie angesichts der allgemeinen Befehlsverweigerung aufgeben. Andere waren einfach überfordert und zeigten sich manchmal opportunistisch, indem sie den Waffenstillstand nutzten, um die feindlichen Schützengräben zu inspizieren oder Spione zu entsenden. Die meisten berichten dem Generalstab nur verspätet und unvollständig, da ihr Versagen, die Disziplin aufrechtzuerhalten, allzu offensichtlich war. Am Abend des 25. erreichen die Nachrichten schließlich die Generalstäbe, die die sofortige Wiederaufnahme der Kämpfe anordnen. Die englischen Stellungen erhalten den Befehl, dass „jede Verbrüderung sofort einzustellen ist. Bei Wiederholung wird sie hart bestraft“. Sowohl der deutsche als auch der englische Generalstab drohen mit Kriegsgerichtsverfahren wegen Hochverrats.

Vielerorts hält die Fraternisierung jedoch an: Englische Soldaten versammeln sich zum Beispiel am 26. mit einem bayerischen Infanterieregiment um einen Weihnachtsbaum und singen gemeinsam. Einem Veteranen des Regiments zufolge beobachtet ein bayerischer Kurier dies aus der Ferne, empört und voller Verachtung, ein gewisser Adolf Hitler.

„Gentlemen, der Oberst hat uns befohlen, um Mitternacht das Feuer wieder aufzunehmen“ – die schwierige Rückkehr zur Ordnung

Aber die Generäle bringen ihre Soldaten schließlich zurück in die Schützengräben. Manchmal auf absurde Weise: Teils verabschieden sich die Soldaten wie zwei Boxer vor dem Kampf, an einer Stelle der Front singen die deutschen Soldaten „God Save the King“, bevor sie auf ihre Positionen zurückkehren. Viele Soldaten weigern sich zunächst ausdrücklich, auf die gegnerischen Stellungen zu schießen, noch mehr gehorchen zögerlich und schießen dann demonstrativ in die Luft. Einige Weihnachtsgewohnheiten bleiben bestehen: Die Soldaten kommunizieren miteinander und leihen sich gegenseitig Werkzeuge. Eine deutsche Einheit schickt einen Boten, um den „Feind” zu warnen: *„Gentlemen, der Oberst hat uns den Befehl erteilt, um Mitternacht das Feuer wieder aufzunehmen, wovon wir hiermit die Ehre haben, Sie zu informieren.“* An vielen Stellen der Front dauert es Wochen, bis die „Ordnung“ tatsächlich wiederhergestellt ist.

Letztendlich mussten die Generalstäbe einen Großteil der Soldaten von der Front abziehen, um sie durch neue Wehrpflichtige zu ersetzen, für die die Soldaten auf der anderen Seite nie etwas anderes als namenlose Feinde gewesen waren. Im April 1915 verschärfte der erste Einsatz von Giftgas den Hass und die Entmenschlichung und beendete endgültig den Geist der Verbrüderung. Es sollte noch fast drei Jahre dauern, bis Soldaten erneut massenhaft die imperialistische Barbarei ablehnten, 1917 in Russland und 1918 in Deutschland.

Mehr als hundert Jahre später erinnert man sich an dieses Ereignis oft wie an einen vorübergehenden, kurzen Waffenstillstand im Geiste des Humanismus und des Pazifismus. Aber in Zeiten, in denen Merz, Macron und Co. erneut für den Krieg rüsten und mobil machen, sollten wir uns daran erinnern, was dieser „Waffenstillstand“ wirklich war: eine Massenbewegung der Arbeiter:innen und Bäuer:innen, die in den imperialistischen Armeen dienten und für einen Abend, einige Tage, manchmal sogar einige Wochen gemeinsam das Gemetzel des Ersten Weltkriegs ablehnten. ■

Dima Rüger, Paris

The Daily Mirror

CERTIFIED CIRCULATION LARGER THAN ANY OTHER DAILY NEWSPAPER IN THE WORLD

WHY DELAY? THE DAILY MIRROR OVERSEAS WEEKLY EDITION contains all the Latest and Best War Pictures and News, and is therefore the Best Weekly Newspaper for your friends abroad. You can obtain it from your Newsagent for 3d. per copy.

AN HISTORIC GROUP: BRITISH AND GERMAN SOLDIERS PHOTOGRAPHED TOGETHER.

Fotos von deutschen und englischen Soldaten bei Ypern, Titelseite des *Daily Mirror*, 5. Januar 1915

„Decolonise“ Namibia? Der Weg wird noch lang ...

Der Angriff Russlands auf die Ukraine erzeugte in Deutschland ein Energieproblem. Gleichzeitig steigt der Ressourcenbedarf auch durch KI, und Deutschland will an vorderster Front dabei sein. Vor diesem Hintergrund wird das riesige Projekt „Hyphen“ vorangetrieben: Wasserstoffproduktion auf dem Gebiet des ehemaligen Kolonialstaates Namibia - einem Land, in dem ab 1904 die „Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika“ einen Völkermord beging. Das von einem deutsch-englischen Joint Venture geleitete Projekt „Hyphen“ soll Anfang dieses Jahres unterzeichnet werden. Die geplante Investition von 10 Milliarden US-Dollar entspricht etwa der Hälfte des Bruttoinlandsproduktes des Landes. Ist das reiner Neokolonialismus?

Als Deutschland in Afrika Fuß fasste, war der Sklavenhandel – der 15 Millionen Opfer gefordert hatte – vorbei. Die junge Industrie-Bourgeoisie sah in der Errichtung eines Kolonialreichs wirtschaftliche Vorteile und setzte sich zunehmend für diese ein. Bismarck sah hingegen eher die Kosten als die Gewinne. Die Kolonisierung Namibias ab 1884 kam also relativ spät und war von blinder Gewalt geprägt.

Das Gebiet Afrikas, das sich Deutschland angeeignet hatte, wurde „Deutsch-Südwestafrika“ genannt. Die Kolonialverwaltung verbreitete die Vorstellung, die eroberten Territorien seien deutsche Gebiete. Deutsch-Südwestafrika bestand zwar überwiegend aus der Wüste der Namib, war jedoch von zahlreichen Völkern bewohnt. Als sich 1904 die Ovaherero (das Volk der Herero) und die Nama organisierten, um sich militärisch zu verteidigen, entstand auf deutscher Seite der Plan, diese Bevölkerungsgruppen zu vernichten. Die Ovaherero führten Krieg: Sie griffen deutsche Siedlungen an und errangen zunächst die Herrschaft über ihr Territorium zurück. In der Folge schrieb im Oktober der Führer der „Schutztruppe“ von Trotha, er werde „jeden Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh“ erschießen. So beging Deutschland den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts. Innerhalb von vier Jahren wurden 85.000 Menschen ermordet. 80 % der Ovaherero und 50 % der Nama starben durch Hinrichtungen, Schießereien, durch Durst in der Wüste oder vor Hunger. Wie im Film „Der vermessene Mensch“ (2023) dargestellt wird, existierten bereits die grausamen, angeblich medizinischen Experimente, die sich später im Nationalsozialismus fortsetzten: zahlreiche Schädel der Opfer wurden nach Deutschland gebracht, um zu „beweisen“, dass Schwarze „Untermenschen“ seien.

In der Mitte dieses Völkermords fand 1907 der Internationale Sozialist:innen-Kongress zu Stuttgart statt, bei dem Bernstein, einer der führenden Vertreter des rechten Flügels der SPD, sich über die „utopische Idee“ lustig machte, „die Kolonien zu verkaufen“. Er fügte hinzu: „Die letzte Konsequenz dieser Anschauung wäre, dass man die Vereinigten Staaten den Indianern zurückgäbe.“ Er verteidigte konsequent das frisch eroberte deutsche Gebiet. Nach einem Tag Debatte sprach sich der Kongress allerdings dagegen aus und stimmte für eine Resolution, die den Kolonialismus verdammte: „Die zivilisatorische Mission, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft beruft, dient ihr nur als Deckmantel für die Eroberungs- und Ausbeutungsgelüste.“

Anerkennung des Völkermords

Erst mehr als ein Jahrhundert später werden die Verbrechen anerkannt: Seit 2015 bezeichnet die Bundesregierung sie als Völkermord. Außenminister Maas (SPD) stellt dies 2021 in einer Rede heraus, in der er nicht nur die Schuld Deutschlands anerkennt, sondern ein „substanzielles Programm in Höhe von 1,1 Mrd. Euro zum Wiederaufbau und zur Entwicklung“ ankündigt. Diese Erklärung ist in Namibia als *„Joint Declaration“* bekannt. Die schönen Worte und die eigentlich karge Summe, die über einen Zeitraum von 30 Jahren entrichtet werden soll, haben bei Namibier:innen Bitterkeit ausgelöst: Das Geld soll tatsächlich als „Entwicklungshilfe“ gezahlt werden. Teile der dortigen Bevölkerung verstehen diese Worte als eine Ausflucht, die die notwendige Entschuldigung umgeht. Die deutsche Regierung hat beispielsweise vor, Straßen zu bauen. Eine Angehörige der Nama stellt die rhetorische Frage, ob es wirklich das ist, was die Bevölkerung will und braucht. Auch während der Kolonisierung ließ die deutsche Kolonialmacht Straßen und sogar Eisenbahnen bauen, und zwar durch Zwangsarbeit und selbstverständlich nicht für die Namibier:innen!

> » Die schönen Worte und die eigentlich karge Summe, die über einen Zeitraum von 30 Jahren entrichtet werden soll, haben bei Namibier:innen Bitterkeit ausgelöst: Das Geld soll tatsächlich als „Entwicklungshilfe“ gezahlt werden. «

Wasserstoff aus Namibia...

Parallel zur *„Joint Declaration“* werden

die neuen wirtschaftlichen Absichten des deutschen Kapitals im Land immer sichtbarer. Das größte dieser wirtschaftlichen Ziele ist *„Hyphen Hydrogen Energy“*, das massenhaft „grünen Wasserstoff“ erzeugen soll. In einem Land, wo 40 % der Bevölkerung keinen Zugang zu Strom hat, will das deutsche Unternehmen Enertrag auf einer Fläche von 4.000 km² einen Industrie-Komplex aufbauen. Zunächst soll Strom aus Windrädern und Solarpanelen erzeugt werden. Da Wasserstoff durch Wasserelektrolyse gewonnen wird, sollen auch vorgeschaltete Entsalzungsanlagen errichtet werden. Der Transport von Wasserstoff auf dem Seeweg ist jedoch technisch schwierig, weshalb er vor dem Verschiffen in Ammoniak umgewandelt wird. Nach einer langen Überfahrt kann die in den Wasserstoffatomen gespeicherte Energie schließlich etwa in Europa genutzt werden. Bereits vor einigen Jahren wurde in Deutschland ein sogenanntes „Kernnetz“ vorgestellt, das der landesweiten Verteilung von Wasserstoff dienen soll. Unternehmen wie Thyssenkrupp bereiten sich angeblich schon darauf vor, mithilfe dieses grünen Wasserstoffs „grünen Stahl“ zu produzieren.

Die Umstände dieses riesigen Projekts rufen erhebliche Kritik hervor. Auf seiner Webseite bemüht sich Hyphen, vermeintliche „Missverständnisse“ auszuräumen. Dabei wird großer Wert darauf gelegt, das Vorhaben als „ethisch und sozial verantwortlich“ darzustellen. Zwar soll ein Teil des entsalzten Wassers an die nahegelegene Stadt Lüderitz geliefert werden, doch bleibt offen, in welchem Umfang. Auch wird suggeriert, überschüssige Energie („excess energy“) werde an Namibia übertragen; tatsächlich handelt es sich dabei um Strom, der an besonders sonnigen oder windreichen Tagen vom Betrieb nicht genutzt wird. Zentrales Argument bleibt schließlich das Versprechen, dass sowohl in der Aufbauphase als auch im späteren Betrieb Tausende Arbeitsplätze entstehen sollen.

Die betroffene Fläche liegt jedoch teilweise in einem Naturpark, und die Nama Traditional Leaders Association weist darauf hin, dass sich die Halbinsel Shark Island in der Lüderitzbucht inmitten des Industriegebiets befinden wird. Shark Island war während des Genozids der Sitz eines Konzentrationslagers, in dem Tausende Menschen von den Deutschen ermordet wurden.

… in wessen Interesse?

Fraglich bleibt, was die heutigen Namibier:innen tatsächlich von diesem Projekt haben. Selbst die imperialistischen Großmächte, die es vorantreiben, verfolgen teils widersprüchliche Interessen. In Deutschland hat die Bundesministerin für Industrie vor Kurzem die Klimaziele so „flexibilisiert“, dass der Preis der fossilen Energie wieder günstig wird und teurer Wasserstoff möglicherweise keine Abnehmer:innen findet. Bereits im September letzten Jahres hat sich das Energieunternehmen RWE aus dem Projekt zurückgezogen.

Jenseits unmittelbarer Gewinne strebt Deutschland mit so einem Projekt auch danach, eine neue Technologie zu beherrschen – genauer gesagt, die Machbarkeit einer Industrie für „grünen Wasserstoff“ zu beweisen, um sich angesichts des brutalen Klimawandels der kommenden Jahre eine Monopolstellung zu sichern. Doch selbst auf dieser Ebene ist mit Hyphen nicht alles gewonnen: für die Umwandlung des Wasserstoffs in Ammoniak ist der chinesische Betrieb Huaneng Group vorgesehen.

Hyphen ist eindeutig nicht darauf ausgelegt, den Interessen der Namibier:innen zu dienen. Auch von einer „Win-Win-Situation“ zu sprechen ist höchst fraglich. Energie wird in einem armen Land erzeugt, um anderswo genutzt zu werden: das lässt einen zwangsläufig an die koloniale Ausbeutung denken. ■

Lorenz Wassier, Berlin

Werbung für grünen Wasserstoff in Namibia (Bild von https://www.ftm.eu/)

Sozialarbeiter:innen aller Träger, vereinigt euch!

Für einige war die Vorweihnachtszeit auch Arbeitskampfzeit. Mitte Dezember begannen die Verhandlungen zum Tarifvertrag der Länder. Am 18. 12. riefen u. a. Ver.di und die GEW Sozialarbeiter:innen, Erzieher:innen und andere Beschäftigte zum Warnstreik auf. Wer nicht aufgerufen wurde, waren die rund 100.000 Arbeiter:innen, die in Berlin bei freien Trägern beschäftigt sind.

Dabei sind diese 100.000 Beschäftigten zumindest mittelbar vom TV-L betroffen, da ihre Verträge oft an den Tarifvertrag angelehnt sind. Die Anlehnung bedeutet oft 15 bis 20 % weniger Lohn und insgesamt prekärere Arbeitsbedingungen. Am gleichen Tag sollte im Abgeordnetenhaus Berlins auch der Doppelhaushalt für 2026 und 2027 verabschiedet werden. Dieser sah, trotz einiger Rücknahmen, wieder Kürzungen im sozialen Bereich vor. So auch für die Projekte freier Träger in der Jugendhilfe oder der Sozialarbeit an Schulen, die auch in den allermeisten Fällen von eben diesen Kolleg:innen von freien Trägern geleistet wird ...

Aber nicht mit uns!

Unsere Arbeitsbelastung in allen Bereichen ist sehr hoch, überall fehlen Personalstellen oder es ist unmöglich, Ende des Jahres schon Pläne für das kommende Jahr zu machen, weil bis Ende Dezember unklar ist, welche Projekte weiter gefördert werden und welche reduziert oder sogar komplett gestrichen werden. Das bedeutet Unklarheit über Personalstellen, aber auch Unklarheit darüber, welche Sachmittel uns zur Verfügung stehen werden, wenn wir als Arbeitskräfte weiterhin beschäftigt sind. Einige Kolleg:innen haben Ende des Jahres gekündigt, weil diese unsicheren Situationen weder für uns als Arbeiter:innen, noch für unsere Adressat:innen auf Dauer tragbar sind. Die Kolleg:innen der Soli-Treffs haben gesagt: „Bevor wir ins Burnout gehen, gehen wir in den Sick out“. Unter dem Slogan wurden Kolleg:innen von freien Trägern zur Streikdemo mobilisiert.

> » Kolleg:innen der Soli-Treffs haben gesagt: „Bevor wir ins Burnout gehen, gehen wir in den Sick out“. «

Schon seit Jahren organisieren sich Sozialarbeitende, z. B. im Solidaritätstreff Soziale Arbeit, um für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Durch vergangene Aktionen, wie die Kampagne für die Hauptstadtzulage für freie Träger und gegen die Kürzungen der letzten Jahre, existiert mittlerweile ein Netzwerk von aktiven, kämpferischen Sozialarbeitenden in Berlin. Es wurde deutlich, dass durch die kontinuierliche Organisierung als Sozialarbeiter:innen die Möglichkeit geschaffen wurde, Aktionen erfolgreich durchzuführen. Es wurden 150 Kolleg:innen von 100.000 erreicht, natürlich geht da noch mehr. Aber wir haben die Erfahrung gemacht, dass wir selbstwirksam unsere Forderungen auf die Straße tragen können. Es gab am 18. 12. eine kleine Zubringerdemo und anschließend haben wir an der Streikkundgebung teilgenommen. Dort haben wir auch Unterstützung für die Aktion erfahren. Am meisten von Erzieher:innen, die zu uns gesagt haben: „Ja, wir machen die gleiche Arbeit, wir dürfen uns nicht spalten lassen“ oder seitens der Studis und Beschäftigten der Alice Salomon Hochschule, die ihre Solidarität auf Plakaten ausgedrückt haben. Die Gewerkschaftsmitglieder geben uns also ein anderes Feedback als die Spitzen der Gewerkschaften, von denen es wenig Aufmerksamkeit, geschweige denn Unterstützung für Sozialarbeitende von freien Trägern gibt. Die Aktion war auch etwas riskant, da es im Aufruf darum ging, die Arbeit für diesen Tag in Form von Krankschreibungen niederzulegen, um am Streik teilnehmen zu können. Doch wir haben schon oft gesehen, dass Demos, Brandbriefe oder Plakataktionen vor den Einrichtungen, in denen wir arbeiten, die Situationen nicht verändert haben. Die Arbeitsniederlegung ist das einzige verbleibende Mittel, um uns diesem massiven Druck und den schlechten Bedingungen für Beschäftigte, Adressat:innen und im Endeffekt die Gesellschaft entgegenzustellen und uns einzusetzen für einen flächendeckenden Tarifvertrag im sozialen Bereich, die Hauptstadtzulage für alle und mehr Investitionen in Soziales und Bildung statt in Polizei, Aufrüstung und Militär! ■

Hanna Latz, Berlin

„Die Schattenrepublik“

Im aktuellen Buch „Die Schattenrepublik“ gibt der bekannte und kürzlich verurteilte Lobbyist Peter Hochegger Einblicke in das, was hinter den Fassaden abläuft. Über Jahrzehnte hat er bei Deals, Unternehmen und Privatisierungen im Hintergrund die Fäden gezogen — oft mit direktem Draht zu Politikern[1]. Manche dieser Geschichten wirken wie eine einfach gestrickte Verschwörungserzählung, aber das ist die alltägliche Realität des Kapitalismus. Ein flüchtiger Blick hinter die Kulissen.

Bekannt wurde Peter Hochegger im Zuge des Buwog-Skandals, gemeinsam mit Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser (FPÖ [2], dann ÖVP[3]) und PR-Berater Walter Meischberger (FPÖ). Die Abhörprotokolle aus den Ermittlungen dieses Falles wurden 2011 einer breiten Öffentlichkeit zugänglich und lieferten erste Blicke hinter die Kulissen.

„Wo woar mei Leistung?“[4]

Die Beschuldigten bereiteten sich in den abgehörten Telefonaten auf polizeiliche Einvernahmen vor, hatten aber offensichtlich selbst den Überblick verloren welche Beraterhonorare sie überhaupt wofür gestellt hatten, viele davon verdeckte Schmiergeldzahlungen. Als Sinnbild blieb die Frage Meischbergers „Wo woar mei Leistung?“ hängen. Diese Kaltschnäuzigkeit mit der, unter anderem bei der Privatisierung der Buwog-Wohnungen, agiert wurde, hat viele Menschen schockiert und für jahrelange öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt. Die Ermittlungen zur Buwog begannen 2010, erst 2025 kam es zu rechtskräftigen Schuldsprüchen.

Hochegger gibt sich, im Gegensatz zu den anderen Verurteilten Grasser und Meischberger, heute geläutert. Der Untertitel seines Buches: „Ein Lobbyist packt aus“. Hocheggers Erzählungen lassen sich im Einzelnen nicht überprüfen, einem PR-Berater sollte man immer misstrauen. Vor dem Hintergrund der unzähligen Korruptionsskandale und Verbindungen zwischen Unternehmen, Reichen und Politiker:innen wird klar, dass Hochegger etwas beschreibt, das ohnehin existiert – aber normalerweise vor der Öffentlichkeit verborgen. Da laufen wie selbstverständlich Dinge ab, die man sich kaum ausdenken könnte oder vorstellen kann. Dieser Artikel schafft es nur an der Oberfläche von Hocheggers „Schattenrepublik“ zu kratzen – und diese ist nur ein Rädchen in einer noch viel größeren Maschinerie.

Weit mehr als die Freimaurer

Peter Hochegger war Zeit seines Lebens ideologisch sehr flexibel, sein Netzwerk erstreckte sich über alle Parteien, Staatsbetriebe, wichtige Politiker, große Unternehmen, bekannte Persönlichkeiten und mächtige Wirtschaftskapitäne. Als junger Erwachsener war Hochegger zunächst SPÖ-Mitglied, fasziniert von Bundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ), der in den 70ern Österreich modernisierte. Als es darum ging der Wehrpflicht zu entkommen, wurde Hochegger Mitglied der FPÖ, die ihm im Gegenzug eine Befreiung organisierte. Seine Beratertätigkeit begann er im Umfeld von Scientology. Zu guter Letzt war er bei den Freimaurern.

> » Das ist keine Verschwörung, sondern die reale Organisationsform der Klassenherrschaft des Kapitals. «

Anders als in Verschwörungserzählungen erstrecken sich diese unsichtbaren Netzwerke weit über die Freimaurerlogen hinaus und haben nur selten mit dubiosen Ritualen in irgendwelchen Tempeln zu tun. Die meisten wichtigen Begegnungen und Gespräche finden in Wiener Kaffeehäusern, teuren Restaurants, noblen Innenstadtbüros, bei exklusiven Partys und honorigen Preisverleihungen statt. Es fielen Sätze wie: „Darf ich mich vorstellen...“, „Schön, dass wir uns endlich mal kennenlernen“, „Hier ist meine Karte. Wenn Sie etwas brauchen, rufen Sie mich an.“, „Ich könnte Ihnen da weiterhelfen.“ Hochegger beschreibt es selbst „(...) als Netz, als System von Menschen, die miteinander verbunden waren, die Dinge benötigten und sich Gefälligkeiten schuldig waren. Die einander brauchten, ob sie es wollten oder nicht.“ Hochegger ist nur ein Player in diesem Netz, das die herrschende Klasse organisiert.

Experten, Vereine und Studien

Die Agentur Hochegger hat über die Jahrzehnte mit vielen großen Unternehmen zusammengearbeitet: Ovomaltine, Wienerberger, NÖM, ÖBB, Steyr Daimler Puch, Immuno, Flughafen Wien, Telekom, Iglo, Novomatic usw. Ihre Aufgabe war die von „diskreten Regisseuren“: „Wer in welchem Licht erschien, das bestimmten wir und was im Schatten blieb, ebenso.“ Sie entwickelten und perfektionierten ausgeklügelte Strategien, die mit „unabhängigen“ Vereinen und Testimonials, passenden Umfragen und Studien sowie der Einbeziehung wichtiger Medienpartner und Druck auf Entscheidungsträger arbeiteten. Ein zentrales Ziel war dabei immer bestimmte Themen in der medialen Öffentlichkeit auf bestimmte Weise zu platzieren, um Informationen eine „Objektivität“ und Expert:innen eine „Unabhängigkeit“ zu verliehen, obwohl direkte Profitinteressen dahinterstanden. Die Grenze zu Desinformation ist in vielen Fällen fließend.

Hochegger war zu Beginn viel mit Gesundheitsthemen beschäftigt. Er hatte seine Finger bei Ovomaltine („gesundes“, zuckerreduziertes Kakaogetränk), einem „immunstärkenden“ Joghurtdrink, fett-

reduzierten „Fasten“produkten und bei der Steigerung der FSME-Durchimpfungsrate mit im Spiel. Ein konkretes Beispiel: Der „unabhängige“ Gesundheitsexperte Professor Bankhofer informierte in seiner Fernsehsendung im öffentlich-rechtlichen ORF und in Gesundheitskolumnen in Printmedien sein Publikum über gesundheitliche Themen – aber auch zu Vorteilen bestimmter Produkte. So bekam unter anderem die Firma Iglo gratis Produktplatzierungen für ihr Tiefkühlgemüse, der „Experte“ kassierte doppelt. Die Fäden im Hintergrund zog Hochegger, der das System als „gekaufte Sendungen außerhalb der Werbeblöcke“ beschreibt.

Es läuft alles prima. Da kommt Hochegger zu Ohren, dass der ORF gegen Produktplatzierungen, unter anderem in Bankhofer's Gesundheitssendung, vorgehen will. Zufällig hatte er kurz davor Walter Meischberger, damals ORF-Stiftungsrat, im Wiener Café Landtmann kennen gelernt: „Rufen Sie mich an, wenn Sie was brauchen.“ Gesagt, getan. Meischberger versichert Hochegger: „Machen Sie sich keine Sorgen, Ihre Sendung betrifft es nicht.“ Alles geklärt. Der Beginn einer jahrelangen engen Zusammenarbeit.

Waffenexporte: Lieber im Verborgenen

Anfang der 80er Jahre hatte Steyr Daimler Puch, damals einer der größten Industriebetriebe Österreichs, mit der Friedensbewegung zu kämpfen, die durch Proteste Druck auf die Waffenexporte des Konzerns machte. Mit Geld des Unternehmens arbeitete die Agentur Hochegger daran, den Fokus von Öffentlichkeit und Aktivist:innen weg von Steyr und ihren Waffenexporten zu lenken. Sie setzte im Verborgenen wichtige Schritte um das Volksbegehren gegen den geplanten Bau des Donaukraftwerks Hainburg zu starten und bekannt zu machen. In Folge entwickelte sich die größte und bedeutendste Umweltbewegung Österreichs, die zu einer wichtigen Politisierung und ein paar Jahre später zur Gründung der „Grünen“ führte. Der Fokus verlagerte sich von der Friedens- zur Umweltbewegung – und weg von Steyr und den Waffenexporten.

Wenn Lobbyisten Gesetze schreiben

Anfang der 90er wollte der „Verband der institutionellen Immobilieninvestoren“ Veränderungen am Mietgesetz erwirken, vor allem um den „Friedenszins“ (niedrige Mieten im Altbau) los zu werden. „Kosten spielten keine Rolle“, so wurden 20 Expert:innen damit beauftragt ein komplett neues Gesetz zu schreiben, dass Politiker:innen später nur mehr absegnen sollten. Vor einer wichtigen Abstimmung im Parlament wurden Expert:innen, Politiker:innen aller Parteien und Medien zu einem Symposium geladen, wo die eigenen Ideen präsentiert wurden. In den Medien sollten die Experten „im Vordergrund stehen, der Verband – wenn überhaupt – nur im Hintergrund vorkommen.“ Auf den damaligen Wiener Wohnbaustadtrat Rudolf Edlinger wurde ein „good cop“ und ein „bad cop“ angesetzt, um ihn mit Argumenten zu bearbeiten und unter Druck zu setzen. Die Medien „berichteten zu unseren Gunsten“. Das Gesetz wurde mit Änderungen, aber zur Zufriedenheit der Investoren, beschlossen.

Jahre später wurde im Auftrag des privaten Glücksspielkonzerns Novomatic nachgeholfen, damit der Konzern vom geplanten Aufweichen des staatlichen Glückspielmonopols entsprechend profitierte. Von Novomatic gewünschte Gesetzesänderungen, wurden über die Agentur Hochegger direkt in die Parlament-Klubs getragen: „Die Dinge sind nicht so kompliziert, wie man sich das denkt.“

Hochegger beschreibt seine Aufgabe zusammenfassend so: „Die Kunst des Lobbyings liegt darin ein Themenfeld so genau aufzubereiten und zu organisieren, dass Druck auf die politischen Entscheidungsträger entsteht. Medien und Menschen fragen sich: Warum tun die denn nichts? Gleichzeitig muss der Lobbyist Lösungen anbieten, die er als objektiv verkauft, obwohl sie die Interessen

seiner Auftraggeber enthalten. (...) Die Politiker müssen jetzt nicht nur etwas tun. Sie müssen etwas Bestimmtes tun."

Telekom und „outgesourcte" Korruption

Ein zentrales Kapitel war Hocheggers Zusammenarbeit mit der Telekom. Ging es zu Beginn um PR rund um die Einführung des Mobilfunks, hatte die Agentur Hochegger bald ihre eigenen Büros im Telekomgebäude und Hochegger agierte wie ein „Schattenvorstand", der als Berater wichtige Entscheidungen zentral beeinflusste. Eine wichtige Funktion war das „Outsourcen" von Korruption. Die Telekom konnte in ihrer eigenen Buchhaltung manche Ausgaben nicht aufscheinen lassen. So erhielt eine spezielle Firma Hocheggers ein jährliches Budget mit dem auf Anweisung der Telekom Zahlungen an Dritte abgewickelt wurden: Parteien; parteinahe Vereine; Agenturen, die Wahlkämpfe von Parteien organisierten; einen Fußballclub, deren Präsident der ÖVP-Chef war... Es sollen insgesamt mehr als 10 Millionen Euro geflossen sein, Hochegger kassierte allein davon 10 % Provision.

Hochegger stellte auch sicher, dass der richtige Kandidat zum neuen „Regulator" (Richter im Bereich Telekommunikation) ernannt wurde. Mit 250.000 Euro Budget gründete er ein Konsortium, um Meinungsbildung und Entscheidungsträger zu beeinflussen. Ein Nationalratsabgeordneter erhielt davon 70.000 Euro, damit er der Justizministerin die Argumente von Hochegger einflüsterte. Weiters wurden mit Geldern der Telekom Wahlkämpfe und Meinungsumfragen von Politikern finanziert.

Kapitalistischer Alltag

Die von Hochegger in seinem Buch beschriebenen Methoden gehören (heute) zum Standardinventar auf der Hinterbühne von Politik und Wirtschaft. So beschreibt Ex-FPÖ Chef Heinz-Christian Strache im berühmten Ibiza-Video, wie diverse Zahlungen ohne Probleme über verschiedene Vereine abgewickelt werden könnten und dass Immobilieninvestor René Benko und die Novomatic „alle zahlen". Die Ermittlungen dazu führten zu mehreren Anklagen gegen Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP). Ihm wird etwa vorgeworfen positive Berichterstattung über ihn erkauft zu haben, mittels gefälschter Meinungsumfragen und durch Inserate – bezahlt aus öffentlichen Geldern. Es geht aber auch um die Vergabe wichtiger Posten, Steuererleichterungen für befreundete Unternehmer, Interventionen und noch vieles mehr.

Signa-Gründer René Benko, in dessen Netzwerk sich etliche Ex-Politiker:innen befinden, steht gerade vor Gericht. Parallel laufen Ermittlungen bzw. Verfahren gegen die FPÖ(-Steiermark) wegen Veruntreuung von Klubförderungen, gegen den ÖVP-Generalsekretär wegen Postenschacher und gegen Wiener Politiker von ÖVP und SPÖ wegen Deals mit einer – mittlerweile insolventen – Immobilienfirma. Im bürgerlichen Rechtssystem wichtig: Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung. Manche dieser Machenschaften verstoßen nicht gegen Gesetze, viele Absprachen sind so alltäglich und routiniert, dass sie keine bedeutsamen Spuren hinterlassen, die für Anklagen und Verurteilungen reichen würden. Sonst gibt es auch noch Staatsanwält:innen und Richter:innen, die in manchen Fällen eigenwillige Entscheidungen treffen und mit überraschend wenig Elan bei der Sache sind. Zu Verurteilungen und bedeutsamen Strafen kommt es in den seltensten Fällen.

Peter Hochegger wurde für seine Machenschaften nur in zwei Fällen (Telekom und Buwog) verurteilt; im Buwog-Prozess, gemeinsam mit Karl-Heinz Grasser und Walter Meischberger. Nach 15 Jahren Prozess und Schuldsprüchen dachten viele: Es gibt sie doch, diese Gerechtigkeit. Naja... Grasser fasste ursprünglich acht Jahre Haft aus, nach einem halben Jahr sitzt er bereits mit Fußfessel in Hausarrest (oder besser: Villenarrest), nach zwei Jahren dürfte der ganze Spuk wegen „guter Führung" vorbei sein. Was lernen wir daraus: Verbrechen zahlen sich aus – zumindest, wenn man über genug Geld und einflussreiche Netzwerke verfügt.

Schattenrepublik = Klassenherrschaft

Die Netzwerke können im Gegensatz zu einzelnen Akteur:innen nicht ins Gefängnis gesteckt werden. Das reicht von unmittelbarer Korruption und geheimen Absprachen über Einfluss auf Gesetze und Projekte bis zur gezielten und akkordierten Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Vereine, Medien und „Expert:innen". In Hocheggers Worten: „Die Vorstellungen, die Ziele, die Gier, das Machtstreben. Und das bringt dann die richtigen Leute zusammen. Und da gibt's dann die Devise von Geben und Nehmen, eine Hand wäscht die andere, beide waschen das Gesicht. Und das sind die Prinzipien der Schattenrepublik."

Die herrschende Klasse ist nicht nur eine Gruppe von Menschen, die Kapital besitzen und dieses investieren. Es ist ein Netzwerk an Menschen, die vom Kapitalismus auf vielfältige Weise profitieren, neue Möglichkeiten ausloten, um noch mehr zu profitieren und gemeinsam sicherstellen, dass sie das noch länger tun können. Es ist eine Clique aus Reichen, Unternehmer:innen, Politiker:innen und Berater:innen, bis hin zu Richter:innen und anderen Staatsbediensteten, die für sich Win-Win-Win-Situationen schaffen. Das ist keine Verschwörung, sondern die reale Organisationsform der Klassenherrschaft des Kapitals. In diesem Sinne: Smash Capitalism! ■

Johannes Wolf, Wien

» Die von Hochegger in seinem Buch beschriebenen Methoden gehören (heute) zum Standardinventar auf der Hinterbühne von Politik und Wirtschaft. «

Fußnoten

1 Im Artikel wird die männliche Form verwendet, weil fast ausschließlich Männer involviert waren.
2 Freiheitliche Partei Österreichs
3 Österreichische Volkspartei
4 „Wo war meine Leistung?"

VERANSTALTUNGEN

BERLIN

19:00 Uhr | Mehringhof, Gneisenaustr. 2A, Blauer Salon
Mo, 19. 01. Thema wird noch bekannt gegeben

19:00 Uhr | BAVUL, Annenstraße 13
Do, 29. 01. Filmabend: Jenin, Jenin (arabic with english subtitles)

DÜSSELDORF

19:00 Uhr | Solaris, Kopernikus Str. 53
Do, 15. 01. Wie macht man eine Weltrevolution?

Andere regelmäßige Veranstaltungen, Aufruf zu Demonstrationen und weitere Artikeln findet ihr auf unseren Sozialen Netzwerken und Websites.

Hier findet ihr uns online

Deutschland
www.sozialismus.click
rsodeutschland

Österreich
www.sozialismus.net
rso_organisation
rsoorganisation

Revolutionär Sozialistische Organisation

Sozialismus oder Laberei

rso
revolutionär sozialistische organisation

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:
info@sozialismus.click
www.sozialismus.click
Und in Österreich:
rso@sozialismus.net
www.sozialismus.net